

 2. Tagung zur Sprach(en)politik

MINDERHEITEN- SPRACH(EN)POLITIK

Minderheitensprachen im deutschsprachigen Raum /
Deutsch als Minderheitensprache



2.-4. September 2026

Abstracts

Hinweis:

Die nachfolgenden Abstracts sind alphabetisch in absteigender Reihenfolge nach den Nachnamen der (Erst-)Autor/-innen sortiert.

Gezählte Zugehörigkeit

Sprache, Statistik und die Konstruktion von Minderheiten im 20. Jahrhundert

Astrid Adler (Mannheim)

Der Begriff „Minderheitensprache“ bezeichnet Sprachen, die innerhalb eines Raumes von zahlenmäßig kleineren Bevölkerungsgruppen gesprochen werden und sich von der dominanten Nationalsprache unterscheiden. Eng verbunden ist er mit der Kategorie „Minderheit“, mit der nationale, ethnische und kulturelle Zuschreibungen verbunden sind. Wer als Minderheit gilt, wer ein- bzw. ausgeschlossen wird, wer sicht- bzw. unsichtbar gemacht wird, ist Ergebnis historischer Definitions- und Aushandlungsprozesse.

Insbesondere seit dem 19. Jahrhundert spielten die Nationalitätenstatistik, Volkszählungen und Nationalitätenkataster eine zentrale Rolle bei der Klassifikation von Bevölkerungsgruppen. Mit der Erhebung der „Muttersprache“ in Volkszählungen wurde Sprache zum statistischen Stellvertreter nationaler Zugehörigkeit. Diese Zählung produzierte scheinbar einfache und objektive Kategorien und Zuschreibungen, reduzierte dabei jedoch die Komplexität von Zugehörigkeiten und mehrsprachigen Lebensrealitäten erheblich.

Gleichzeitig wurden Imaginationen und Vorstellungen von Standard-Deutschsein und Homogenität geformt. Wesentlich war dabei das Standarddeutsch als normativer Referenzpunkt nationaler Einheit; dazu gehörte auch eine einsprachige Norm. Andere Sprachen als Deutsch und sprachliche Vielfalt erschienen auf diesem Hintergrund als Abweichung. Minderheitensprachen konnten somit als Abweichung von einer Norm verstanden werden.

Im Vortrag wird gezeigt, wie die Vorstellung von Standarddeutschsein und damit auch von davon abweichenden Gruppen maßgeblich von amtlichen Statistiken geprägt war. Dabei wird die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg genauer beleuchtet, die geprägt war von ersten Anzeichen eines Minderheitenschutzes und gleichzeitiger Nationalisierung. Dazu wird auf Aktivitäten damaliger Minderheitenpolitik eingegangen, etwa die Kulturwehr, die Zeitschrift des „Verbandes der Nationalen Minderheiten in Deutschland“ (1925-1938), und der 1925 gegründete „Europäische Nationalitätenkongress“. Beide zeigen verschiedene Verständnisse und Aushandlungen der Definition von Minderheit.

Schein oder Sein: Umsetzung des Sorben/Wenden Gesetzes in der Linguistic Landscape der Niederlausitz

Evan W. Bleakly (Cottbus)

Gemäß § 11 der Sorben/Wenden Gesetz (SWG), **müssen** bestimmte Elemente im öffentlichen Raum des angestammten Siedlungsgebiets der Sorben/Wenden zweisprachig Deutsch-Niedersorbisch gekennzeichnet sein. Dazu gehören unter anderem Ortstafeln, Straßennamenschilder, Wegweiser und Hinweisschilder. Diese dienen auch als sichtbare und prototypische Elemente der Linguistic Landscape, die sowohl besondere Bedeutung für Sprachminderheiten haben können als auch zum Konflikt mit Sprachmehrheiten führen können (vgl. der Ortstafelstreit in Kärnten). Seit Inkrafttreten des ursprünglichen SWG sind mehr als 30 Jahre vergangen, und theoretisch müssten die vorgenannten Tafeln und Schilder zweisprachige Beschriftungen aufweisen, aber inwieweit trifft das in der Realität zu?

Anhand Daten von der Langzeit-Projekt *Sorbische Elemente der Sprachlandschaft Niederlausitz*, dieser Beitrag versucht diese Frage zu beantworten. Ein Teilkorpus des Projekts, bestehend aus Bildern ($n > 6.000$) von Ortsschildern, Straßenschildern, Wegweisern und Hinweisschildern aus einem Untersuchungsgebiet von 69 Städten und Dörfern im brandenburgischen sorbischen Siedlungsgebiet, wurde auf die Einhaltung der SWG analysiert. Die Ergebnisse dieser Analyse könnten dabei helfen, Problem-bereiche in der Umsetzung zweisprachiger Beschilderung in der Region zu identifizieren sowie Dialog mit den zuständigen Behörden über die Optimierung sowohl der Umsetzung der SWG als auch der Sichtbarkeit der niedersorbischen Sprache im sorbischen Siedlungsgebiet im Land Brandenburg zu fördern.

Berufliche Identität und Rekrutierung von Friesischlehrkräften in Nordfriesland

Henriette Boysen (Flensburg)

Sprachenpolitik für bedrohte Minderheitensprachen setzt in aller Regel bei formalen Regelungen an: Gesetzen, Erlassen, Fördermitteln. Am Beispiel des Nordfriesischen zeigt sich, dass die Regelungen fast vollständig die Schule adressieren. Die Implementierung erfolgt durch Lehrkräfte, deren Rekrutierung kein Element der Sprachenpolitik ist; sie verläuft über informelle Wege. Anhand von neun Interviews mit aktiven Friesischlehrkräften rekonstruiert der Vortrag, die biografischen Pfade der Friesischlehrkräfte und wie sich ihre berufliche Identität im weiteren Berufsverlauf stabilisiert. Der zentrale Befund: Zwischen formaler Sprachenpolitik und ihrer tatsächlichen Umsetzung besteht eine Steuerungslücke. Der Fortbestand des Fachs hängt maßgeblich an informellen Netzwerken aus persönlicher Ansprache, Vorbildwirkung und biografischem Engagement. Bemerkenswert ist, dass Lehrkräfte die institutionelle Schwäche des Fachs nicht durchgängig als Defizit erleben, sondern aktiv als kreativen Handlungsspielraum umdeuten. Der Vortrag diskutiert abschließend, wie sich Sprachenpolitik gezielter an diese realen, biografisch getragenen Rekrutierungsmechanismen anschließen ließe.

Wer schreibt, der bleibt: Niederdeutsch standardisieren?

Franziska Buchmann / Heike Schoormann (Oldenburg)

Die Regionalsprache Niederdeutsch erfreut sich sprachpolitischer Förderung, welche zu einer Verankerung im Bildungsbereich geführt hat. Ungeachtet dieser Institutionalisierung ist die Regionalsprache aufgrund eines durchgreifenden Sprachwechsels zum exoglossischen Standard Hochdeutsch nach wie vor als mindestens bedroht (vgl. EGIDS-Stufe 6b, Lewis & Simons 2010) einzustufen. Dieser Sprachwechsel ist nicht nur durch eine unzureichende intergenerationale Weitergabe zu erklären, sondern auch kommunikationspraktisch begründet. Das Niederdeutsche fungiert aufgrund begrenzter Registerbreite und eingeschränkter Multimodalität aktuell nicht als moderne Alltagssprache. Selbst bei den Sprecher*innen, die Niederdeutsch im Alltag gebrauchen, lässt sich ein Wechsel zum Hochdeutschen beobachten, wenn über Themen gesprochen wird, die nicht zu typischen Gartenzaungesprächen gehören (Möller 2008: 49). So besitzt das Niederdeutsche in allen Domänen, die von einer Schriftlichkeit geprägt sind, eine geringe bis gar keine funktionale Relevanz.

Die Implementierung des Niederdeutschen in den Bildungsbereich führt damit zu einem funktionalen Ausbau der Regionalsprache, wenn man sich auch in Bezug auf den Niederdeutschunterricht am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen orientiert. Wir wollen argumentieren, dass eine Standardisierung der Schriftlichkeit durch die Schaffung eines Gremiums aus Expert*innen und sprachpolitisch Aktiven unterschiedlicher Großraumregionen zielgerichtet vorangetrieben und damit der kommunikative Nutzen der Regionalsprache gesteigert werden kann (vgl. Langhanke 2025). Ein besonderes Potential für die Akzeptanz von *New Speakers* und den Ausbau von neuen schriftsprachlichen Praktiken sehen wir in der digitalen Schriftlichkeit. Der Vortrag diskutiert anhand des Modells von Klein (2014), wie ein solches Gremium aussehen könnte. Er wägt mit Blick auf andere (europäische) Minderheitssprachen die Chancen und Risiken für die Regionalsprache ab.

Literatur:

- Klein, W. P. (2014): Gibt es einen Kodex für die Grammatik des Neuhochdeutschen und, wenn ja, wie viele? Oder: Ein Plädoyer für Sprachkodexforschung. In: Plewnia, A./Witt, A. (Hrsg.): Sprachverfall? Dynamik – Wandel – Variation. De Gruyter, 219–242.
- Langhanke, R. (2025): Wortneuschöpfung und Sprachausbau im Niederdeutschen: Zur Gründung der SASS-Redaktion an der Universität Flensburg. In: Korrespondenzblatt des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 132, 167–170.
- Lewis, M. P./Simons, G. F. (2010): Assessing endangerment: Expanding Fishman's GIDS. *Revue roumaine de linguistique* 55 (2), 103–120.
- Möller, F. (2008): Plattdeutsch im 21. Jahrhundert: Bestandsaufnahme und Perspektiven. Schuster.

Deutsch(e) in Ungarn – aktuell

Koloman Brenner (Budapest)

Die deutsche Minderheit in Ungarn gehört zu den relativ großen deutschen Gemeinschaften in Ost-Mittel-Europa, die eine lange historische Entwicklung vorweisen kann. Im heutigen Ungarn gibt es drei größere Siedlungsgebiete, wo Angehörige der deutschen Minderheit in höherer Anzahl leben: Westungarn entlang der österreichischen Grenze, das Ungarische Mittelgebirge (vom Ofner Bergland bis zum Plattensee-Oberland) mit den Zentren Ofen/Buda und Zirc bzw. Südungarn mit dem Zentrum Fünfkirchen/Pécs. Die Tatsache, dass ab dem 16. Jahrhundert bis 1918 das ungarische Königreich in unterschiedlichen juristischen Konstruktionen mit dem Habsburger-Reich verbunden war, brachte ebenfalls in mannigfaltiger Weise einen sprachlichen und kulturellen deutschen Einfluss mit sich.

Die diversen Identitätsmuster unter Angehörigen der deutschen Minderheit variieren auf der individuellen Ebene stark, falls die Revitalisierung der deutschen Sprache und Kultur gelingt, wird dadurch die deutsche Identitätskomponente modernisiert und verstärkt. Eine neue deutschsprachige Gemeinschaft ist ebenfalls zu erwähnen, die infolge der diversen Firmenniederlassungen aus deutschen Landen in den letzten Jahrzehnten entstanden ist. Eine bessere Sprachpolitik der deutschsprachigen Länder wäre ebenfalls wünschenswert, nicht nur bezüglich der Stellung und Rolle deutschen Sprache in Ungarn, sondern generell in vielen Ländern von Europa, wo traditionell und geschichtlich eine gute Basis dafür vorhanden wäre.

Zur wachsenden Bedeutung des Deutschen in der Türkei – Fallbeispiel aus dem Medizintourismus

Ibrahim Cindark (Mannheim)

Während die Lerner- und Sprecherzahlen des Deutschen weltweit in einigen Ländern wie Brasilien oder Kanada weiterhin abnehmen (Auswärtiges Amt 2025), steigen sie in anderen Ländern wie der Türkei aufgrund unterschiedlicher Faktoren stetig an. In der Türkei leben zum einen über eine Million Transmigranten und Rückkehrer aus Deutschland, die ihren Lebensmittelpunkt (zeitweise) in die Türkei verlagert haben (Aydın 2014: 10). Zum anderen wandern zunehmend Deutschstämmige in Länder wie Spanien und die Türkei aus (Pusch 2016: 9-10). Schließlich wächst auch die Zahl der Deutschlernenden, was auf sehr gute berufliche Perspektiven im großen Tourismussektor, in zahlreichen deutschen Unternehmen in der Türkei sowie auf die zunehmende Bedeutung des internationalen Medizintourismus zurückzuführen ist. Diese Entwicklung wird zudem von staatlicher Seite durch sprachpolitische Entscheidungen unterstützt wie etwa durch die Gründung der Türkisch-Deutschen Universität 2013 in Istanbul.

In meinem Beitrag befasse ich mich mit dem Deutschen als Globalisierungs- bzw. Migrantensprache in der Türkei. Als Fallbeispiel präsentiere ich Aufnahmen aus einer türkischen Klinik, die sich unter anderem auf internationale Patienten spezialisiert hat. Der Medizintourismus ist weltweit und auch in der Türkei eine boomende Branche: Im Jahr 2024 kamen knapp 1,5 Millionen Patienten in die Türkei, davon etwa 250.000 aus Deutschland. Zur Betreuung dieser Patienten beschäftigt die untersuchte Klinik sowohl Rückkehrer als auch Dolmetscher, die in der Türkei Deutsch gelernt haben, und die gemeinsam eine umfassende Patientenbetreuung gewährleisten. Unser Korpus umfasst 21 Aufnahmen, die den Zeitraum von der ersten Patienteninformation bis zu postoperativen Visitenengesprächen abdecken. Der Beitrag zeigt, wie Deutsch in diesem transnationalen Setting als funktionale Ressource der Kommunikation und Dienstleistung fungiert und verdeutlicht so exemplarisch seine Bedeutung in globalisierten Arbeitsfeldern.

Literatur:

- Auswärtiges Amt (2025): Deutsch als Fremdsprache weltweit 2025. <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2728424/f7ee0558008807b8e4b1ae15907d5872/deutsch-als-fremdsprache-weltweit-data.pdf>.
- Aydın, Y. (2014): Die neue türkische Diasporapolitik: ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland. (SWP-Studie, 14/2014). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-400663>.
- Pusch, B. (2016): (In)compatible Transnational Lives and National Laws: The Case of German Citizens in Turkey. Istanbul: IPC-Publication.

Fremdsprachenkompetenzen als strategische Ressource: Internationalisierungsprozesse im luxemburgischen Bildungswesen

Caroline Döhmer (Luxemburg)

Das luxemburgische Bildungssystem basiert traditionell auf institutionalisierter Mehrsprachigkeit: Die Alphabetisierung erfolgt ab der ersten Klasse auf Deutsch, Französisch wird ab der zweiten Klasse systematisch eingeführt; Englisch sowie weitere Fremdsprachen folgen im Sekundarbereich. Dieses Modell wurde vor rund 100 Jahren für eine überwiegend luxemburgischsprachige Bevölkerung konzipiert, für die Deutsch als nächstgelegene Standardsprache fungierte und sowohl strukturell als auch medial anschlussfähig war.

Im Zuge der zunehmenden Internationalisierung und sprachlichen Heterogenisierung der Gesellschaft gerät dieses System zunehmend unter Druck. Während es vor einigen Jahrzehnten die sprachlichen Repertoires der Mehrheit abbildete (und gezielt förderte), spricht heute nur noch etwa ein Drittel der schulpflichtigen Kinder Luxemburgisch als (Haupt-)Familiensprache. Der starke Fokus auf Deutsch erweist sich für viele Lernende als bildungsrelevante Hürde – nicht zuletzt, weil der Kontakt zu dieser Sprache im außerschulischen Alltag häufig fehlt. Zugleich bleibt die institutionelle Integration des Luxemburgischen trotz fortschreitender Standardisierung marginal, etwa durch seine Beschränkung auf wenige Unterrichtsstunden in der Sekundarstufe.

Aktuelle bildungspolitische Reformen – darunter die Einführung einer optionalen Alphabetisierung auf Französisch sowie der Ausbau internationaler Bildungsformate (z. B. *Bac international*) – haben die Sprachdebatte neu entfacht. Während Absolvent:innen des luxemburgischen Schulsystems weiterhin als hochgradig mehrsprachig gelten, nimmt die sprachliche Heterogenität der Schülerschaft deutlich zu, was Fragen der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit verschärft. Der Vortrag analysiert, wie Fremdsprachenkompetenzen in dieser superdiversen Konstellation als strategische Ressource sprachpolitisch verhandelt werden. Im Fokus stehen dabei die Rolle des Deutschen als bildungsentscheidende Schriftsprache, die stagnierende institutionelle Position des Luxemburgischen sowie aktuelle Fördermaßnahmen innerhalb und außerhalb des Schulsystems. Ziel ist es, die Spannungsfelder zwischen Mehrsprachigkeitsideologie, Standardisierung und sozialer Fairness im luxemburgischen Bildungswesen sichtbar zu machen.

Literatur:

- Döhmer, C. (2025): Terminology training in a multilingual setting – The Luxembourgish case. In: Resi, R./Steurs, F. (Hrsg.): Handbook of Terminology – Terminology Planning in Europe. John Benjamins, 497–514.
- Döhmer, C./Gilles, P. (2025): Deutsch in Luxemburg. In: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung & Union der deutschen Akademien der Wissenschaften (Hrsg.): Deutsch in Europa: Vielfalt, Sprachnormen und Sprachgebrauch. Vierter Bericht zur Lage der deutschen Sprache (Projektleitung: C. Dürscheid & R. Franceschini). Tübingen: Narr, 73–80.
- Gilles, P. (2019): Komplexe Überdachung II: Luxemburg. Die Genese einer neuen Nationalsprache. In: Herrgen, J./Schmidt, J.-E. (Hrsg.): Language and space – An international handbook of linguistic variation. Bd. 4: Deutsch. De Gruyter, 1039–1060.
- Informations- und Presseamt der Luxemburger Regierung (2025): À propos des langues au Luxembourg 2025 [PDF].

Jenisch(e) – Zum aktuellen Stand des Anerkennungsprozesses und zur Entwicklung eines wissenschaftlichen Dokumentationsprojekts

Christian Efing (Aachen)

Am 18.11.2025 legte die Gruppe der Jenischen in Deutschland, vertreten durch ihren Zentralrat, der Bundesregierung öffentlichkeitswirksam im Haus der Bundespressekonferenz eine Broschüre mit dem Titel „Jenisches Leben in Deutschland. Sprache, Kultur, Geschichte, Verfolgung und Anerkennung“ (<https://zentralrat-jenische.de/medien>) vor, die mittlerweile auch allen Bundesländern, dem Bundesinnenministerium sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für nationale Minderheiten vorliegt. Inhalt der Broschüre sind vor allem sieben wissenschaftliche Gutachten, die sich auf die fünf Kriterien der Bundesregierung, die für die Anerkennung einer Gruppe als nationale Minderheit in Deutschland erfüllt sein müssen, richten und belegen sollen, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung der Jenischen als fünfte nationale Minderheit erfüllt sind. Die Jenischen seien, so der Zentralrat, eine eigenständige Minderheit (als solche in der Schweiz längst anerkannt, Efing 2025a: 1f., 2019) mit eigener Sprache, Musik, Kultur und Siedlungsgebieten.); insbesondere auch die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Vizepräsidentin des Bundestags Petra Pau (Fraktion Die Linke) unterstützt die Anerkennungsbemühungen. Die deutsche Politik aber stellte bislang v.a. in Frage, dass das Jenische eine eigene Sprache sei, und nahm dies als Argument, eine Anerkennung der Jenischen als Minderheit abzulehnen.

Aktuell ist der Ausgang des Anerkennungsprozesses noch offen, eine von Petra Pau angeregte Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages fand bislang nicht statt. Der Vortrag möchte den zu September 2026 aktuellen Stand des Anerkennungsverfahrens darstellen und sich dabei v.a. mit den Argumenten auseinandersetzen, ob Jenisch (k)eine eigene Sprache ist (vgl. auch Efing 2025b). Darüber hinaus wird die Genese eines Projekts skizziert, das das Jenische und die Jenischen in Sprache und Kultur sowie als Gruppe mit eigener Identität endlich dokumentieren möchte, da es bislang auf allen Ebenen an wissenschaftlicher Forschung fehlt, während öffentliche Medien in Deutschland und Österreich ein verstärktes Interesse an den Jenischen entwickeln.

Literatur:

- Efing, C. (2019): Jenisch. In: Duke, J. (Hrsg.): EuroComGerm. Germanische Sprachen lesen lernen. Seltener gelernte germanische Sprachen. Düren: Shaker, 99–125.
- Efing, C. (2025a): Jenisch – Sprache oder Soziolekt einer vergessenen Minderheit? In: SPRACHREPORT 41 (3), 1–11. <https://pub.ids-mannheim.de/.../sprachreport/pdf/sr25-3.pdf>.
- Efing, C. (2025b): Jenisch – Sprache, Sprechergruppe und Identität jenseits der Norm. In: OBST 105, 205–229.

Eine neue Repräsentativerhebung zum Status des Niederdeutschen in Norddeutschland

Christiane Ehlers (Hamburg) / Maria Ribeiro Silveira (Mannheim)

Die Regionalsprache Niederdeutsch ist in ihrem Bestand gefährdet. Seit mindestens zwei Generationen ist die innerfamiliäre Weitergabe weitgehend unterbrochen, so dass der institutionellen Vermittlung eine immer größere Bedeutung zukommt. Zugleich zeichnet sich seit einigen Jahrzehnten ein Wandel in den gesellschaftlichen Einstellungen ab; das Niederdeutsche wird zunehmend positiv bewertet.

Der Bundesrat für Niederdeutsch (BfN) und das Niederdeutschsekretariat (NdS) haben jüngst einen „Spraakplan Nedderdüütsch 2050“ lanciert (Behrens 2026). Für jede Art sprachpolitischen Engagements ist eine genaue und aktuelle Kenntnis der tatsächlichen sprachlichen Situation unerlässlich, die nur über große, repräsentative Erhebungen im Sprachgebiet gewonnen werden kann. In der jüngeren Vergangenheit wurden bereits einige derartige Erhebungen durchgeführt, zuletzt 2016 gemeinsam vom Institut für niederdeutsche Sprache (INS) und dem Leibniz-Institut für Deutsche Sprache (IDS) (Adler et al. 2016). Nach einem Jahrzehnt haben nun BfN/NdS und IDS zusammen mit dem INS eine neue Repräsentativerhebung konzipiert und beauftragt, die, in Fortschreibung und Weiterentwicklung der früheren Erhebungen, Auskunft geben soll über den aktuellen Stand der Niederdeutschkompetenz sowie der Spracheinstellungen gegenüber dem Niederdeutschen unter der Wohnbevölkerung in Norddeutschland.

Der Vortrag gibt einen Überblick über die erhobenen Themenbereiche und zeigt erste Ergebnisse der bisherigen Auswertungen auf.

Literatur:

Adler, A./Ehlers, C./Goltz, R./Kleene, A./Plewnia, A. (2016): Status und Gebrauch des Niederdeutschen 2016. Erste Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. Mannheim: Institut für Deutsche Sprache & Institut für niederdeutsche Sprache.

Behrens, K. (2026): Spraaakplan Nedderdüütsch 2050: über Herausforderungen bei der Konzeption. In: Sprachpolitik & Sprachenpolitik 2/2026, 98–114.

Achtung Amtssprache – Amtssprachen Achtung

Jutta Engbers (Friesoythe) / Reinhard Goltz (Bremen)

„Die Amtssprache in Deutschland ist Deutsch“ – diese pauschale Aussage zählt in Deutschland weithin zum Gemeingut und bestimmt das routinemäßige staatliche Handeln auch angesichts solcher Sachverhalte, in denen Erweiterungen und Differenzierungen längst vollzogen sind. Nicht zuletzt innerhalb staatlicher Apparate ist weitgehend unbekannt, dass amtssprachliches Handeln unter bestimmten Voraussetzungen nämlich auch in Dänisch, Sorbisch oder Niederdeutsch möglich ist.

Die Nationalstaaten können eine Amtssprache (oder mehrere) festlegen; dabei handelt es sich um diejenige Sprache, in welcher der Staat – gegebenenfalls regional/geographisch unterschiedlich – kommuniziert, in der also die Verwaltungen sich artikulieren und adressiert werden sowie Regeln und Gesetze verabschiedet werden. Gute Gesetze sind im Bewusstsein der Menschen, da sie partizipativ entstanden sind und das Allgemeinwohl stützen, also strukturell einer wirtschaftlichen Strategie folgen und der sozialen Gerechtigkeit dienen. Daher kann diese Struktur, die grundsätzlich den Austausch innerhalb einer Gesellschaft und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger gewährleisten soll, erweitert werden, etwa durch die staatliche Anerkennung von Minderheiten- und Regionalsprachen. In Deutschland gibt es eine Regionalsprache und sechs Minderheitensprachen, welche die Sprecher trotz voneinander abweichender Domänenverteilungen und Statuszuweisungen bei der Kommunikation mit Ämtern und Behörden verwenden können. Alle weiteren Sprachen sind bei einer Kommunikation mit der staatlichen Verwaltung oder im Staat zu übersetzen, in diesen Fällen hat nicht die Ausgangssprache, sondern allein die Übersetzung Rechtsgültigkeit.

Die Regionalsprache Niederdeutsch ist in verschiedenen Bundesländern als zweite Amtssprache anerkannt. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass der Umgang mit mehreren Sprachen durchaus konfliktbesetzt sein kann und dass im Zweifelsfall ein Rückzug auf die Amtssprache Deutsch vollzogen wird. Am Beispiel der Gründung eines gemeinnützigen Unternehmens in der Regionalsprache Niederdeutsch werden die sprachlichen, rechtlichen und anderweitigen Hürden dargestellt sowie Lösungswege aufgezeigt.

Welche Politik für welche Zweisprachigkeit im Elsass?

Pascale Erhart (Straßburg)

Anhand einer Fallstudie zum „Jahr der Zweisprachigkeit“, das 2025 von der Europäischen Gebietskörperschaft des Elsass (Collectivité européenne d'Alsace, CeA) organisiert wurde, sowie zur Gründung im selben Jahr des Öffentlichen Amtes für die Regionalsprache des Elsass (Office public de la langue régionale d'Alsace, OPLA) wird gezeigt, dass das Thema „Zweisprachigkeit“ im Elsass ständig diskutiert wird, unabhängig davon, wer sich dazu äußert, aber auch ohne dass alle Aussageinstanzen unter „Zweisprachigkeit“ dasselbe verstehen. Dies führt zu großen Schwierigkeiten beim Verständnis der Ziele der von verschiedenen Akteuren gemeinsam verfolgten Sprachpolitik der Zweisprachigkeit¹.

Die französische Sprache ist zweifellos ein Bestandteil dieser Zweisprachigkeit, während die Definition des anderen Bestandteils, der Regionalsprache, weniger eindeutig ist. Die „Regionalsprache des Elsass“ umfasst nämlich sowohl die deutsche Standardsprache als auch die im Elsass gesprochenen und als „Elsässisch“ bezeichneten alemannischen und fränkischen Dialekte. Die verschiedenen Bedeutungen des Begriffs „Deutsch“ in diesem besonderen Zusammenhang erklären, wieso Deutsch sowohl als Regionalsprache als auch als Fremdsprache im Elsass unterrichtet werden kann.

Der Beitrag zielt darauf ab, die Gründe für die vielfältigen und stark gegensätzlichen Ansichten zum Thema „Zweisprachigkeit“ im Elsass vor dem Hintergrund seiner einzigartigen Sprachgeschichte zu beleuchten. Unsere Hypothese ist, dass die „Zweisprachigkeit“ ab 1918 im Elsass zu einem kulturellen und politischen Anliegen wurde, in dem die tatsächlichen Sprachpraktiken der Bevölkerung immer weniger berücksichtigt wurden. Ihre Befürworter fokussierten sich daraufhin auf die Zweisprachigkeit im Schulwesen, in dem keinen Platz für die regionalen Dialekten vorgesehen war, sodass die Schnittstelle zwischen sozialer Zweisprachigkeit (Französisch-Elsässisch) und schulischer Zweisprachigkeit (Französisch-Deutsch) heute die größte Herausforderung für die regionale Zweisprachigkeitspolitik darstellt.

Literatur:

- Huck, D./Erhart, P. (2024): The German language in education in France (Alsace), 3rd Edition. Mercator European Research Centre on Multilingualism and Language Learning. <https://www.mercator-research.eu/regional-dossiers/german-france/>.
- Huck, D./Erhart, P. (2019): « Das Elsass ». In: Beyer, R./Plewnia, A. (Hrsg.): Handbuch des Deutschen in West- und Mitteleuropa: Sprachminderheiten und Mehrsprachigkeitskonstellationen. Narr, 155–192.
- Philipps, E. (1975): Les luttes linguistiques en Alsace jusqu'en 1945. Impr. de la Société d'édition de la Basse-Alsace.

¹ Académie de Strasbourg, Convention cadre portant sur la politique régionale plurilingue, période 2015-2030. Abgerufen am 22. Juli 2026 von https://langues.unistra.fr/websites/lge/langues/OIP/Convention_cadre_2015-2030.pdf.

Erhalt oder Illusion? Umriss einer GÖMAS-Analyse Siebenbürgens mit Blick auf die Lage und Zukunft der deutschsprachigen Minderheit

Elena Ginghină-Dinu (Sibiu/Hermannstadt) / Torsten Leuschner (Gent)

An Untersuchungen über die deutsche Minderheit in Rumänien, insbesondere die Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen, herrscht in der Sprachwissenschaft kein Mangel (siehe mit unterschiedlichen Schwerpunkten Sava 2023, Rudolf 2020, Iunesch 2012 u.a.). Auch historische Darstellungen sind zahlreich (u.a. Gündisch 1998, Pop/Bolovan 2020). Was bisher jedoch fehlt, ist eine sprachpolitische Gesamtschau. Auch das Standardwerk von Marten (2016) bietet eine solche nicht: Es präsentiert zwar das sehr hilfreiche "Ganzheitliche ökolinguistische Modell zur Analyse von Sprachenpolitik" (GÖMAS, ebd.: 134-140) samt 20 Fallstudien allein über europäische Länder – davon sechs postsozialistische (ebd.: 214-238) –, lässt aber Rumänien unerwähnt.

In unserem programmatischen Beitrag möchten wir erste Umriss einer GÖMAS-Analyse Siebenbürgens abstecken, auf die sich eine umfassende Darstellung wie diejenige Martens ggf. beziehen könnte. Im Sinne einer Komplexitätsreduktion arbeiten wir dabei zunächst anhand der drei sprachpolitischen Grundfaktoren laut Spolsky (2004: 5) – Spracheinstellungen, Sprachverhalten und Sprachmanagement (zit. bei Marten 2016: 30f., 139 u.ö.) – die Eigenheit Siebenbürgens gegenüber anderen sprachpolitisch komplexen Regionen heraus. Als Ausgangspunkt dient die Beobachtung, dass viele siebenbürgische Orte ungeachtet tiefgreifender demographischer Einschnitte im 20. Jahrhundert (vor allem der massiven Auswanderung der deutschsprachigen Bevölkerung nach 1989) weiterhin den Anschein einer stabilen Präsenz der deutschen Sprache im öffentlichen, kulturellen und politisch-institutionellen Raum erwecken. Dies wirft die Frage auf, (a) inwiefern sich hinter dieser sichtbaren, von einer verfassungsrechtlich abgesicherten Minderheitengesetzgebung gestützten Kontinuität des Deutschen tatsächlich ein nachhaltiger intergenerationaler Spracherhalt verbirgt und (b) welche sprachpolitischen Maßnahmen und sonstigen ökolinguistischen Veränderungen die allmählich zur symbolischen Größe schwindende deutschsprachige Minderheit dabei unterstützen könnten, die Vitalität ihrer Sprache nicht nur in standardsprachlicher, sondern möglichst auch in dialektaler Form zu sichern.

Literatur:

- Gündisch, K. (1998): Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen. München: Langen Müller.
Iunesch, L. R. (2012): Erfolg und Misserfolg des Spracherwerbs an Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in Rumänien. Frankfurt (Main): Lang.
Marten, H. F. (2016): Sprach(en)politik. Eine Einführung. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.
Pop, I.-A./Bolovan, I. (2020): Geschichte Siebenbürgens. Ludwigsburg: Pop.
Rudolf, G. (2020): Sprachverlust und Spracherhalt: Chancen der deutschen Sprache in Rumänien. In: Forschungen zur Volks- und Landeskunde 63, 139–150.
Sava, D. (2023): Zum Status des Rumäniendeutschen aus variationslinguistischer Sicht. In: Sava, D./Lăzărescu, I. (Hrsg.): Deutsch als Regionalsprache und Kontaktsprache. Varietäten- und medienlinguistische Beiträge zum historischen und aktuellen Sprachgebrauch in Rumänien. Frankfurt (Main) u. a.: Lang, 69–141.
Spolsky, B. (2004): Language Policy. Cambridge: Cambridge University Press.

Sprachenpolitik und Sprachsituation in Masuren und in Pommern in der Nachkriegszeit und heute

Anna Jorroch (Warschau)

Das Thema des Referates fokussiert die Sprachsituation im heutigen Masuren, dem südlichen Teil vom ehemaligen Ostpreußen, das heute im Nordosten Polens liegt, und in Pommern im Nordwesten Polens, die Pommern und Westpreußen vor 1945 entspricht. Sowohl in Masuren als auch in Pommern lebten und leben deutsch- und polnischsprachige Siedler seit Jahrhunderten nebeneinander. Bis 1945 gehörten die Gebiete zu Deutschland und wurden nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen angeschlossen, so dass Polnisch zur Amtssprache wurde. Die Sprachenpolitik in der Volksrepublik Polen und der 1947 veröffentlichte geheime Rundbrief hatten Sprachideologien und Verhaltensweisen zur Folge, die als Sprachregime dem Deutschen gegenüber bezeichnet werden können und teilweise auch heute gelten und aktiv sind. Allerdings haben die registrierten Interviews mit Bilingualen in den Gebieten gezeigt, dass die Sprachsituation trotz der vorgegebenen Rahmenbedingungen regional unterschiedlich war.

Das im Referat präsentierte Material wurde während der Feldforschung in den Jahren 2018 bis 2019 im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von dem Nationalen Forschungszentrum (NCN) finanzierten Forschungsprogramms Beethoven in Zusammenarbeit des Instituts für Slavistik der Polnischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Regensburg gesammelt. Im Referat werden Fragmente der Sprachbiografien der bilingualen Sprecher_innen und auch Sprachideologien der Sprachwissenschaftler präsentiert.

Literatur:

- Franceschini, R. (2022): Language biographies. In: Sociolinguistica 36 (1-2), 69–83. <https://DOI:10.1515/soci-2022-0015>.
- Hansen, B./Zielińska, A. (Hrsg.) (2022): Soziolinguistik trifft Korpuslinguistik. Deutsch-polnische und deutsch-tschechische Zweisprachigkeit. Heidelberg: Universitätsverlag Winter. <https://doi.org/10.33675/2019-82538591>.
Open access: https://www.winter-verlag.de/de/programm/open_access/.
- URL 1: LangGener Korpus der deutsch-polnischen Zweisprachigkeit: <https://langgener.iip.pan.pl/>.

„Kirchliche Nothstände der Wenden“ – diskursanalytische Überlegungen zur Rolle der Religion bei der Bewahrung von Regional- und Minderheitensprechen

Rolf Kailuweit (Düsseldorf) / Lubina Malinkowa (Cottbus)

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert gerät das Sorbische in der Niederlausitz verstärkt unter Druck, wie etwa – aus antisorbischer Perspektive – Andree (1874) in seinen Wendischen Wanderstudien dokumentiert (Bayer / Tuschling 2004). Offen ist, in welchem Maße es sich dabei um die Folge einer gezielten Germanisierungspolitik handelt oder um Sprachwechselprozesse im Kontext ökonomischer Veränderungen und eines zunehmend dominierenden nationalistischen Sprachdenkens.

Unser Beitrag fragt nach der Rolle der Religion bei der Bewahrung von Regional- und Minderheitensprachen im 19. Jahrhundert. Anhand mehrerer Zeitungsartikel, die der Pfarrer Albert Bozydar Bjatkaf (Albert Theodor Böttcher) in den 1860er Jahren in verschiedenen Zeitungen zugunsten des Sorbischen in der Niederlausitz veröffentlicht hat (Kunze 1972; Bayer / Tuschling 2004). Bjatkaf geht es aus einer klerikal-konservativen Position um die Verteidigung des Sorbischen gegenüber der preußischen Obrigkeit, deren sprachpolitisch relevanten Entscheidungen implizit oder explizit die auf die Französische Revolution zurückgehende nationalistische Idee „Eine Sprache, eine Nation“ zur Staatsraison erklären. Die Texte von Bjatkaf sind von Kunze (1972) biographisch zugeordnet und von Bayer / Tuschling (2004) in den historischen Zusammenhang gestellt worden. Eine gründliche Lektüre der Textstrategien steht jedoch noch aus.

Mit den Methoden der linguistischen Diskursanalyse (Spitzmüller / Warnke 2011) soll untersucht werden, inwiefern Bjatkaf aus einer subversiven gegen eine hegemoniale (im Sinne von Laclau / Mouffe 2001) Diskursposition argumentiert. Dabei kommen quantitative wie qualitative Verfahren zur Anwendung.

Mit einem vergleichenden Blick auf den Diskurs über die Verwendung des Katalanischen in religiösen Domänen in Katalonien (z.B. bei Josep Pau Ballot) soll ermittelt werden, inwiefern die diskursiven Strategien, die Bjatkaf verfolgt, über den konkreten historischen Kontext hinaus zu beobachtenden Mustern folgen.

Sprachenpolitik zur deutschen Sprache in der Türkei

Melda Keser (Tekirdağ)

Übertragungen aus Fremdsprachen sowie Lehnwörter stellen normale sprachliche Prozesse dar, die untrennbar mit Kulturkontakten und interkulturellen Begegnungen verbunden sind. Insbesondere Länder und Völker mit gemeinsamen historischen Wurzeln oder in geografischer Nachbarschaft durchlaufen solche Prozesse nahezu zwangsläufig – oft, ohne dass sie überhaupt bewusst wahrgenommen werden. Deutschland und die Türkei sind jedoch weder Nachbarländer noch demselben Kontinent eindeutig zuzuordnen. Dennoch reichen ihre sprachlichen und kulturellen Verflechtungen mehrere Jahrhunderte zurück. Die Grundlagen dieser interkulturellen Begegnungen wurden insbesondere im Zuge der Modernisierungsprozesse der jungen Türkischen Republik gelegt. Diese Entwicklungen spiegeln sich unter anderem in Übersetzungsbewegungen sowie in der Übernahme deutscher Lexik ins Türkische wider.

Die Integration deutscher Begriffe ins Türkische erfolgte dabei häufig über phonologische Anpassungen. Es ging folglich nicht allein um die inhaltliche Lokalisierung – etwa im Rahmen von Gesetzesübertragungen –, sondern auch um eine systematische Anpassung der Laut- und Schriftstruktur. So wurden beispielsweise Fachtermini mit der Endung -gie im Türkischen als -ji realisiert. Ebenso zeigen Beispiele wie şablon (Schablone) oder şalter (Schalter), dass der deutsche Sch-Laut im Türkischen durch den Buchstaben ş wiedergegeben wird.

Darüber hinaus existieren im türkischen Wortschatz auch deutsche Entlehnungen, die in ihrer ursprünglichen Schreibweise beibehalten und teilweise sogar mit annähernd deutscher Aussprache verwendet werden, wie etwa Gestalt, bitter oder Dekan.

Der sprachliche Kulturkontakt zwischen Deutschland und der Türkei lässt sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen, als erste deutsche Gymnasien im Osmanischen Reich gegründet wurden. Auch im staatlichen türkischen Bildungssystem war Deutsch über lange Zeit hinweg als erste oder zweite Fremdsprache ein verpflichtendes Wahlfach. Die Etablierung der Germanistik an türkischen Universitäten sowie die heutigen deutschsprachigen Bachelor- und Masterstudiengänge zeigen, dass Deutsch als Wissenschafts- und Bildungssprache in der Türkei weiterhin präsent ist – sowohl an staatlichen als auch an privaten Hochschulen. Ergänzt wird dieses Bild durch die Präsenz deutscher Institutionen, Kulturorganisationen und Einrichtungen, darunter auch ein deutsches Krankenhaus, die bereits seit dem frühen 20. Jahrhundert zur Intensivierung des Sprach- und Kulturkontakts beitragen. Nicht zuletzt spielt auch der Tourismus eine bedeutende Rolle: Insbesondere die langjährigen deutschen Stammgäste, die in den Frühjahrs- und Herbstmonaten die südlichen und südwestlichen Regionen der Türkei besuchen, schaffen einen kontinuierlichen sprachlichen Austausch. Dabei handelt es sich häufig um Gäste im fortgeschrittenen Alter, die überwiegend oder ausschließlich auf Deutsch kommunizieren können, wodurch Deutschkenntnisse in der Tourismusbranche nach wie vor eine zentrale Voraussetzung darstellen.

Die sprachpolitische Konstellation der deutschen Sprache in der Türkei erweist sich somit als vielschichtig: Sie wird sowohl durch Impulse aus Deutschland als auch durch innerstaatliche Dynamiken in der Türkei geprägt. Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, diese Zusammenhänge anhand ausgewählter Beispiele aus der sprachpolitischen Praxis zu analysieren und damit den Blick auf sprachliche Konstellationen außerhalb Deutschlands und Europas zu erweitern.

Spracheinstellungen und ihre Rolle bei der Revitalisierung des Niedersorbischen: Eine experimentelle Studie

Anastasija Kostiučenko-Kessler (Cottbus)

Aus der soziolinguistischen Forschung ist bekannt, dass die Kenntnis der vorherrschenden Spracheinstellungen und Sprachideologien für die detaillierte Beschreibung aktueller Sprachsituationen und für die Entwicklung gezielter sprachplanerischer Maßnahmen von zentraler Bedeutung ist. Im Kontext der neuen Phase der Revitalisierung des Niedersorbischen, das heute vorwiegend im Südosten des Landes Brandenburg gesprochen wird (Laschewski & Rädcl 2025; Kostiučenko 2025; Běrinkowa et al. 2026; Kostiučenko et al. 2026, im Druck), fehlen bislang verlässliche Daten zu Spracheinstellungen – insbesondere im Vergleich zu den in der Region aus unterschiedlichen Gründen wichtigen Sprachen Polnisch und Deutsch. Eine empirische, experimentell angelegte Studie zu Spracheinstellungen wird daher 2026 in Cottbus/Chóšebuz durchgeführt mit dem Ziel, die vorherrschenden Einstellungen gegenüber dem Deutschen, Polnischen und Niedersorbischen unter den Bewohner:innen von Cottbus/Chóšebuz zu erheben. Mithilfe indirekter, experimenteller Techniken sollen Einstellungen aufgedeckt werden, die sich allein durch die Verwendung einer bestimmten Sprache ergeben (Kostiučenko 2016; Kircher & Zipp 2022). Gleichzeitig soll erforscht werden, ob die primär deutschsprachigen Proband:innen überhaupt zwischen Polnisch und Niedersorbisch in diesem Kontext differenzieren können.

Die Ergebnisse der Studie würden es erlauben, bestimmte Rückschlüsse im Hinblick auf sozialen Status und Hierarchien der Sprachen und ihrer Sprecher:innen zu ziehen und sowohl die Sprachsituation genauer zu beschreiben als auch entsprechende sprachplanerisch relevante Empfehlungen zu formulieren. In dem Vortrag werden somit die ausgewählten Ergebnisse der Spracheinstellungsstudie vorgestellt und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Minderheitenpolitik in der Niederlausitz diskutiert. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf das Verhältnis zwischen den beiden slawischen Sprachen und dem Deutschen gelegt.

Literatur:

- Běrinkowa, J./Laschewski, L./Rädcl, S. (2026): „Ich spüre so einen Aufschwung gegenüber der Sprache“ – Die Situation der niedersorbischen Sprache und Potentiale ihrer Revitalisierung. In: Sprachpolitik & Sprachenpolitik 1, 103–145.
- Kircher, R./Zipp, L. (Hrsg.) (2022): Research Methods in Language Attitudes. Cambridge: Cambridge university press.
- Kostiučenko, A. (2016): Sprachen und ihre Sprecher in Litauen. Eine soziolinguistische Untersuchung zum sozialen Status des Litauischen, Polnischen und Russischen. Berlin: Logos.
- Kostiučenko, A. (2025): Best Practice für die Niederlausitz? Internationale Erfahrungen, Methoden und Ansätze zur Revitalisierung bedrohter Sprachen. Bautzen: Sorbisches Institut.
- Kostiučenko, A./Nowak, M./Běrinkowa, J./Laschewski, L./Rädcl, S. (2026, im Druck): Institutionalisierung von Sprachplanung. Bericht und Thesenpapier zur internationalen Konferenz "Language revitalisation planning: structures and processes", Cottbus/Chóšebuz, 8.-9. Mai 2025. Budyšin: Serbski institut.
- Laschewski, L./Rädcl, S. (2025): Evaluating Language Revitalisation. The case of Zorja. In: Lětopis – Zeitschrift für Sorabistik und vergleichende Minderheitenforschung 72, 1–27.

Gestaltung und Management von Mehrsprachigkeit in Oberschlesien vor dem Hintergrund der Sprach(en)politik

Felicja Księżyk (Opole)

Seit der Herausbildung der Nationalstaaten mit der einhergehenden Konzeptualisierung einer gemeinsamen Sprache als identitätsstiftendes Merkmal und Indiz für eine nationale Zugehörigkeit wird Sprache vielfach als Instrument der Politik eingesetzt. Im vorgeschlagenen Beitrag werden einige ausgewählte sprach(en)politische Maßnahmen im Hinblick auf deren Einfluss auf die Mehrsprachigkeit in Oberschlesien in der neuesten Geschichte nachgezeichnet und sprachwissenschaftlich analysiert. Im Zentrum wird somit die Frage stehen, inwiefern sich Sprachpolitik von oben auf die Sprachpolitik von unten ausgewirkt hat.

Die Untersuchungsgrundlage bilden vorwiegend sprachbiographische Interviews, die im Rahmen des multimodalen Korpus der deutsch-polnischen Zweisprachigkeit LangGener (<https://langgener.ijp.pan.pl/>) durchgeführt wurden als Ergebnis des deutsch-polnischen Forschungsprojekts „*Generationsbedingte Differenzierung der Sprache: morphosyntaktische Veränderungen durch deutsch-polnischen Sprachkontakt in der Sprache zweisprachiger Personen (LangGener)*“, finanziert aus Mitteln des Nationalen Wissenschaftszentrums (Narodowe Centrum Nauki/National Science Centre, Poland), Projekt Nr. 2016/23/G/HS2/04369 und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), realisiert vom Institut für Slawistik der Polnischen Akademie der Wissenschaften und von der Universität Regensburg (vgl. Hansen/Zielińska 2022). Es zeigt sich, dass die sprachenpolitischen Aktivitäten und die Erlebnissfelder der deutschstämmigen Bilingualen einen Einfluss auf die dynamische Heranbildung der individuellen Sprachbiographien und den Sprachgebrauch haben, zudem lassen sie sich in Oberschlesien zu prototypischen Sprachrepertoires in unterschiedlichen Generationen nachzeichnen, samt Einstellungen zu den Sprachen, die zum Sprachrepertoire der Vertreter und Vertreterinnen der deutschen Minderheit in Oberschlesien gehören.

Literatur:

- Busch, B. (2013): Mehrsprachigkeit. Wien: UTB, Facultas.
Hansen, B./Zielińska, A. (Hrsg.) (2022): Soziolinguistik trifft Korpuslinguistik: Deutsch-polnische und deutsch-tschechische Zweisprachigkeit. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
Marten, H. F. (2016): Sprach(en)politik. Eine Einführung. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.
Spolsky, B. (2012): The Cambridge Handbook of Language Policy. Cambridge: Cambridge University Press.

Zwischen Anerkennung und Unsichtbarkeit? Soziolinguistische Perspektiven auf verschiedene Typen von Heritage Languages am Beispiel von Sorbisch, Kurmancî, Türkisch und Polnisch in Deutschland

Franziska Möller (Bochum)

Heritage Languages als nicht-dominante, im familiären Kontext natürlich erworbene Sprachen (Rothman 2009; Polinsky 2011; Kupisch & Rothman 2018) umfassen sowohl autochthone als auch allochthone Minderheitensprachen (vgl. Montrul & Polinsky 2021). Entgegen der traditionell getrennten Betrachtung dieser beiden Typen von Minderheitensprachen bietet sich ein Vergleich besonders dann an, wenn sie in demselben nationalen Kontext existieren (vgl. Beyer & Plewnia 2020).

Anknüpfend an das Projekt „HOSPoD“ (= „Heritage Languages im Vergleich: Obersorbisch und Polnisch in Deutschland“), in dem Sorbisch und Polnisch in Deutschland verglichen werden (Anstatt & Scholze 2025), untersuche ich in meinem Beitrag, wie Unterschiede in rechtlichem Status, institutioneller Förderung und gesellschaftlicher Wahrnehmung die Sprachverwendung und -weitergabe beeinflussen. Fokussiert werden dabei folgende Heritage Languages: Sorbisch (autochthon in Sachsen), Kurdisch (Kurmancî) (ursprünglich autochthon, in NRW allochthon), sowie Polnisch und Türkisch (allochthon in NRW mit unterschiedlicher Sichtbarkeit, siehe Brehmer & Mehlhorn 2020; Cindark & Devran 2020). Die Daten basieren auf einem soziolinguistischen Online-Fragebogen, der von jugendlichen und jungen erwachsenen Heritage-Language-Sprecher*innen der vier Sprachgemeinschaften ausgefüllt wurde. Für Sorbisch und Polnisch stammen die Daten aus dem HOSPoD-Projekt, für Kurmancî und Türkisch wurden die Daten mithilfe eines parallelen Fragebogens separat erhoben.

In meinem Vortrag betrachte ich verschiedene Aspekte der Spracheinstellungen (Garrett 2010), speziell das wahrgenommene Prestige der Sprachen (Piller 2016; Schroedler 2022; Little & Lahmar 2024). Dabei interessiert mich besonders, wie sich diese Variablen auf die berichtete Sprachverwendung, familiäre Sprachpolitik und Sprachweitergabe auswirken. Der Vergleich der vier unterschiedlichen Minderheitensprachengemeinschaften ermöglicht einen besonderen Blick v. a. auf das gesellschaftlich zugeschriebene Sprachprestige und seine Auswirkungen auf die Einstellungen und Sprachhandlungen der Sprecher*innen, die in einzelner Betrachtung der Sprachgemeinschaften nicht zu Tage treten würden. Die Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Sprecher*innen der vier Heritage Languages erlaubt dabei einen innovativen Zugang zu zentralen soziolinguistischen Einflussfaktoren auf Spracherhalt und intergenerationale Weitergabe.

Erinnerungen ungarndeutscher Minderheitensprecher/-innen an die deutsche Standardsprache

Márta Müller (Budapest)

Unter narrativen Sprachbiographien verstehen wir i.e.S. die Erfahrungen, von denen die erzählenden Personen im Laufe ihrer Interviews im Zusammenhang mit unterschiedlichen Sprachvarietäten und Sprachen berichten (vgl. Franceschini 2022: 71), und während des Erzählens ihre autoethnischen sprachlichen Erfahrungen (i.S.v. Mahr / Csibra 2018) mit konkreten Sinneseindrücken, Emotionen und Gedanken verbinden.

Im Mittelpunkt des Vortrags stehen die sprachlichen Erinnerungen von 21 ungarndeutschen Sprecherinnen und Sprechern der älteren und ältesten Generationen (Durchschnittsalter: 75 Jahre) aus Nord- und Mittlungarn, deren Erstsprache eine lokale ostdonaubairische Mundart war (Hutterer 1963), und die die deutsche Standardsprache erst im schulischen Kontext erworben haben.

In den Sprachbiographien der Befragten spielen insgesamt zwei Standardvarietäten und eine Mundart eine herausragende Rolle: ihre als Erstsprache erlernte oberdeutsche Mundart, die deutsche und die ungarische Standardsprache. Der Vortrag konzentriert sich auf die persönlichen Erfahrungen mit der deutschen Standardsprache, die sich anhand der in den Erzählungen enthaltenen affektiven und konativen Einstellungskomponenten in positive und negative Erinnerungen einteilen lassen.

Die Erzählungen über persönliche Erfahrungen mit der deutschen Standardsprache erstrecken sich, ähnlich wie bei der als Erstsprache erlernten Mundart, über ein breites Spektrum. Die Befragten lernten die deutsche Standardsprache meist im schulischen Rahmen kennen; wenn die objektiven Umstände dies nicht zuließen (z. B. wenn es in der Grund- oder Mittelschule keinen Deutschunterricht gab), beschäftigten sie sich außerschulisch selbstständig damit. Die inhaltliche Analyse der Sprachbiographien gibt Auskunft darüber, welche Erinnerungen die Befragten an die (suboptimalen) schulischen Bedingungen des Deutschlernens in den 1950er- und 1960er-Jahren hatten, über welche intrinsischen und extrinsischen Motivationen sie trotz der ungünstigen Sprachlernbedingungen verfügten, und mit welchen konativen Einstellungen sie der außerschulischen Förderung der deutschen Standardsprache gegenüberstanden. Es wird ferner gezeigt, in welchen (Mikro-, Meso-, Makro- und Mega-)Umgebungen sie positive Erfahrungen mit der deutschen Sprache machten, indem sie ihre dialektalen Kompetenzen mit ihren Kompetenzen in der Standardsprache kombiniert hatten, an welche Lebensabschnitte die positiven und negativen Erinnerungen anknüpften und welche Einstellungen sie gegenüber der deutschen Standardsprache hatten.

Der Beitrag veranschaulicht nicht nur die individuellen positiven und negativen autoethnischen Erfahrungen sowie die damit verbundenen Meinungen und Gefühle der Gewährspersonen (vgl. Koven 2004), sondern fasst auch jene Phänomene zusammen, die aufgrund ihres häufigen Auftretens als konstante Elemente (Topoi) kollektiver sprachbiographischer Narrative im Hinblick auf die deutsche Standardsprache gelten können.

Literatur:

- Franceschini, R. (2022): Language biographies. In: *Sociolinguistica*, 36 (1-2), 69–83. <https://doi.org/10.1515/soci-2022-0015>.
- Hutterer, C. J. (1963): Das ungarische Mittelgebirge als Sprachraum. *Historische Lautgeographie der deutschen Mundarten in Mitteleuropa*. *Mitteldeutsche Studien* 24. Halle (Saale): VEB Niemeyer.
- Koven, M. (2004): Getting 'emotional' in two languages: Bilinguals' verbal performance of affect in narratives of personal experience. In: *Text – Interdisciplinary Journal for the Study of Discourse* 24 (4), 471–515. doi:10.1515/text.2004.24.4.471.
- Mahr, J./ Csibra, G. (2018): Why do we remember? The communicative function of episodic memory. In: *The Behavioral and brain sciences* 41, 1–93. doi:10.1017/S0140525X17000012.

Vermittlung von Niederdeutsch an Schulen in Schleswig-Holstein: Chancen, Herausforderungen und Perspektiven

Karen Nehlsen (Kiel)

In Schleswig-Holstein steht die Regionalsprache Niederdeutsch gemeinsam mit den Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch und Romanes unter dem Schutz der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, die als bedrohter Teil des europäischen Kulturerbes geschützt und gefördert werden sollen.

Schleswig-Holstein hat Niederdeutsch wie die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen unter den Schutz von Teil III der Sprachencharta gestellt und ergreift Maßnahmen zur Förderung des Gebrauchs von Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben und in den Schulen. Die besondere Rolle, die dem Niederdeutschen im Land zukommt, tritt auch in Art. 13 Abs. 2 der Landesverfassung und in § 4 Abs. 7 Schulgesetz hervor.

Seit dem Schuljahr 2014/15 gibt es ein Unterrichtsangebot Niederdeutsch an ausgewählten Schulen (Modellschulen), welches über die Jahre stetig ausgebaut worden ist und an dem zwischenzeitlich über 50 Schulen, vorwiegend Grundschulen, aber auch weiterführende Schulen teilnehmen. Mit dem Niederdeutschunterricht leisten die Schulen einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Regionalsprache.

Bei der am 13. Dezember 2024 verabschiedeten „Gemeinsamen Empfehlung der Kultusministerkonferenz mit dem Bundesrat für Niederdeutsch und dem Minderheitenrat zur Wissensvermittlung über die vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands und die Sprechergruppe Niederdeutsch“ geht es nicht um die Sprachvermittlung, sondern um die Vermittlung von Wissen über die einzelnen Gruppen. Geeignete Lehr- und Lernmaterialien für die Schulen sind erforderlich, damit die KMK-Empfehlung sukzessive an den Schulen in den einzelnen Ländern umgesetzt werden kann.

Der Beitrag befasst sich mit folgenden Fragestellungen:

- Status des Niederdeutschen an Schulen in Schleswig-Holstein und curriculare Rahmenbedingungen
- Beitrag des Niederdeutschunterrichts an Schulen zum Spracherhalt
- Rechtschreibung und Grammatik nach SASS – im Unterricht und bei der Erstellung von Lehr- und Lernmaterialien
- Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern

Sprachenpolitik in kommunalen Satzungen mehrsprachiger Gemeinden Deutschlands

Měto Nowak (Cottbus)

Ein bisher weder in der Politik- noch den Rechtswissenschaften oder seitens sprachplanerisch Aktiver umfassender aufgearbeitetes Thema sind sprachenpolitische Ausführungen im Kommunalrecht mehrsprachiger Gemeinden in den Sprachgebieten anerkannter Regional- und Minderheitensprachen Deutschlands. Gelegentlich werden in der Literatur summarische Aussagen dazu getroffen (vgl. z. B. Laschewski/Carbonneau/Jacobs 2026), jedoch kaum qualitative Analysen durchgeführt. Dies wäre jedoch für die Untersuchung von Rahmenbedingungen sprachplanerischer Aktivitäten oder der Umsetzung geltender Sprachenrechte relevant. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sind Gemeinden und Gemeindeverbände auch für Sprachen betreffende Angelegenheiten zuständig, weshalb eine Analyse des von ihnen dazu selbst gesetzten Rechts Erkenntnisse darüber verspricht, inwiefern lediglich übergeordnetes Recht (vgl. Engbers 2011; auch: Minderheitengesetze, Kommunalverfassungen) umgesetzt oder eigene Akzente formuliert werden (können).

In Deutschland sind Kommunen zwar geografischen Anwendungsgebieten von Sprachenrechten zugeordnet, können aber unabhängig von konkreten Schwellenwerten ihre Mehrsprachigkeit ausgestalten und regeln ihre Angelegenheiten in Haupt- und anderen Satzungen. Insbesondere individuelle Satzungsteile sind als Ausdruck eigenen kommunalen Handelns anzusehen. Diese von kommunalen Vertretungen beschlossenen Satzungen werden hier als Untersuchungsgegenstand gewählt, weil sie ein gut vergleichbares Element kommunaler Governance sind: Sie liegen von allen Kommunen öffentlich vor, sind rechtlich verbindliche Grundlagen für kommunales Handeln und entsprechen anders als z. B. Formate der Öffentlichkeitsarbeit gewissen Standards.

Die vorgestellte Dokumentenanalyse dient einer ersten Orientierung: Es wird ein vergleichender Überblick über kommunale Satzungen hinsichtlich sprachenpolitischer Aussagen gegeben. Als Korpus dienen die vollständig verfügbaren Satzungen, die anhand eines Analyserasters qualitativ ausgewertet werden. Untersucht werden Satzungen der Landkreise, Ämter und Gemeinden im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden im Land Brandenburg, ergänzt um Beispiele aus anderen Mehrsprachigkeitsregionen Deutschlands. Analysepunkte sind u. a. Namenpolitik und öffentliche Zweisprachigkeit, Partizipation der Sprachgemeinschaft, Aussagen zu Sprachförderung und konkretem sprachenpolitischen Handeln. Insbesondere wird auch auf individuelle oder standardisierte Ausgestaltung geachtet. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist für die Identifizierung von Best-practices, die Weiterentwicklung kommunaler sprachenpolitischer Rechtssetzungspraxis aber auch für die Schaffung kommunalrechtlicher Grundlagen für Sprach(revitalisierungs)planung relevant. Sie ist auch Voraussetzung dafür, kommunales Verwaltungshandeln analysieren zu können, das oft deutlich über Satzungsbestimmungen hinausgeht, ohne diese oder andere rechtliche Regelungen jedoch keine Rechtsgrundlage hätte.

Literatur:

- Engbers, J. (2011): Artikel 10. In: Boysen, S. u. a.: Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Handkommentar, Zürich/St. Gallen: Dike, 250–284.
- Laschewski, L./Carbonneau, J.-R./Jacobs, F. (2026): Die Sorben nach der deutschen Einheit. In: Klatt, M./Kühl, J. (Hrsg.): Nationale Minderheiten in Deutschland. Wiesbaden [im Druck].

BERICHTERSTATTUNG ÜBER EIN NACHBARLAND IM NACHRICHTENTEIL DES GRAZER TAGBLATTS IN DEN 1920er JAHREN

Alja Lipavc Oštir / Nike Duh / Dorian Penšek-Rader (Maribor)

Der Beitrag untersucht, wie die Grazer Tageszeitung "Grazer Tagblatt" in den 1920er Jahren über die Untersteiermark und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) berichtete, insbesondere nach dem Umsturz von 1918. Dieser politische Wandel brachte tiefgreifende sprachliche und soziale Veränderungen mit sich: Slowenisch löste Deutsch als Amtssprache ab, während die deutschsprachige Bevölkerung zu einer nicht anerkannten Minderheit wurde. Nach 1918 verschlechterte sich ihre Lage, geprägt von Auswanderung, Verlust des sozialen Status und Einschränkungen beim Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben, im Bildungswesen und in der Verwaltung. Gleichzeitig entwickelte sich Graz zu einem wichtigen Zentrum für ausgewanderte Deutsche aus der Untersteiermark, was das Interesse an den Entwicklungen jenseits der Grenze verstärkte. Die Tageszeitung "Grazer Tagblatt", politisch dem deutsch-nationalen Lager zuzuordnen, berichtete regelmäßig über die Verhältnisse im SHS, insbesondere in der Rubrik „Nachrichten aus SHS“. Eine Analyse von 972 Nachrichtenbeiträgen zeigt, dass sich die meisten Berichte auf die Untersteiermark (84,3 %) bezogen, insbesondere auf Maribor. Im Jahr 1921 waren die Nachrichten überwiegend politischer Natur und konzentrierten sich auf die Folgen des Umsturzes, während sich der Schwerpunkt in späteren Jahren (1925, 1927, 1929) auf alltägliche Themen wie Verwaltung, Wirtschaft, Unfälle, Kriminalität und das gesellschaftliche Leben verlagerte. Die häufigsten Themen waren Todesfälle, Verwaltungsangelegenheiten, Unfälle, Wirtschaftsfragen und Kriminalität. Nationale Themen (die deutsche Minderheit) machen nur etwa 7 % der Nachrichten aus, doch sie offenbaren Spannungen wie Entlassungen aufgrund der Nationalität, Einschränkungen des deutschen Schulwesens, Diskriminierung und Emigration. Die Nachrichten folgten nicht der Struktur moderner journalistischer Berichterstattung; Quellenangaben und Überschriften fehlten häufig. In dieser Hinsicht entsprechen sie der Tradition der Zeitungsberichterstattung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Sie konnten auch kurze Kommentare enthalten, die oftmals auf wenige beschreibende Worte beschränkt waren. Eine vergleichende Analyse (1921–1929) zeigt, dass das Interesse an nationalen Fragen im Laufe der Zeit abnahm, während die Berichterstattung neutraler wurde und sich stärker auf den Alltag konzentrierte. Dennoch hielt die Zeitung eine Verbindung zur ehemaligen Heimat aufrecht und informierte die Leserinnen und Leser über Entwicklungen im Nachbarstaat jenseits einer neu gezogenen Grenze, die häufig nicht mit sprachlichen Grenzen übereinstimmte. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das "Grazer Tagblatt" nicht primär als Propagandamedium fungierte, sondern vielmehr als Quelle vielfältiger Informationen über das Leben in der Untersteiermark, wobei die nationale Perspektive nur in einem kleineren Teil der Berichterstattung präsent war.

Die Minderheitensprache Hunsrückisch in Brasilien: Mehrsprachigkeitsdidaktik als sprachenpolitische Maßnahme

Karen Pupp Spinassé (Porto Alegre)

Das Hunsrückische ist eine Minderheitensprache deutscher Herkunft, die sich wegen der im 19. Jahrhundert stattgefundenen Masseneinwanderung deutschsprachiger Menschen in Brasilien eingeführt wurde und noch heute gesprochen wird. Als Migrationssprache leidet sie aus verschiedenen Gründen unter Vorurteil.

In diesem Vortrag werden Aktivitäten zur Sensibilisierung bezüglich der Sprachenvielfalt und zur Förderung der Sprachbewusstheit präsentiert, die im Rahmen eines Forschungsprojekts in Schulen im Bundesland Rio Grande do Sul durchgeführt wurden, die in Regionen mit portugiesisch-hunsrückischem Sprachkontakt liegen. In diesen Schulen werden viele Kinder unterrichtet, die als Muttersprache sowohl das Portugiesische als auch das Hunsrückische sprechen. Im regulären Lehrplan werden zwei bis drei „Fremdsprachen“ angeboten – darunter das Standarddeutsche. Mehrsprachigkeit ist aufgrund beider Aspekte also eine alltägliche Realität für diese Kinder, die aber in der Schule selten genutzt und gefördert wird.

Um das Sprachrepertoire dieser mehrsprachigen Schülerinnen und Schüler zu nutzen, entwickelten wir Aktivitäten, die durch die Reflexion über Ähnlichkeiten und Divergenzen zwischen dem Standarddeutschen und dem Hunsrückischen (sowie weiteren vertretenen Sprachen) die Sprachbewusstheit fördern sollten. Ziel unserer Arbeit in den Schulen war es, dieses Sprachrepertoire der Lernenden aus der Perspektive einer Mehrsprachigkeitsdidaktik beim Erwerb des Standarddeutschen zu nutzen, nicht nur um diesen Prozess effizienter zu machen, sondern auch um die lokale Minderheitensprache – und somit auch die Mehrsprachigkeit im Allgemeinen – zu fördern, indem das Hunsrückische mit anderen Prestigesprachen gleichwertig behandelt wird. Die Mundart soll durch diese Reflexion und folglich durch Kenntnis ihrer linguistischen und historischen Relevanz an Prestige gewinnen und somit als legitime Sprache angesehen und akzeptiert werden.

In meinem Vortrag werden die soziolinguistischen Grundlagen der Aktivitäten sowie praktische Beispiele ihrer Durchführung vorgestellt, die die Mehrsprachigkeit als didaktische Strategie vorgesehen haben und die im Sinne eines sozialen Beitrags darauf abzielten, das Hunsrückische als mögliche Brückensprache für den erfolgreichen Erwerb des Standarddeutschen zu legitimieren.

Minderheitensprachen und Transkulturalität: Schulsprachenpolitik in Brasilien im 21. Jahrhundert

Peter Rosenberg (Frankfurt/O.)

Deutschsprachige Minderheiten haben rund um den Globus zumeist eines gemeinsam: Sie haben ein Jugendproblem. Abhängig von den nationalen sprachenpolitischen Bedingungen, auch von der Schärfe der Stigmatisierung seit dem Zweiten Weltkrieg, aber vor allem von der Modernisierung ihres Landes gehen extraterritoriale Varietäten des Deutschen in Ansehen, Gebrauch und Kompetenz zurück. Die „Drei-Generationen-Regel“ ist seit Langem in Kraft: Die Großeltern sind teils noch erstsprachlich „deutsch“ aufgewachsen, oft aber bereits zweisprachig, die Elterngeneration spricht in der Regel müheloser die Kontaktsprache, die Kindergeneration ist einsprachig in der Mehrheitssprache, Elemente des Deutschen sind aber oft noch ein Hinweis auf ein familiäres Erbe und ein Zugehörigkeitsmarker innerhalb eines transkulturellen Bezugssystems.

In manchen Ländern wie in Brasilien, aber auch in verschiedenen ostmitteleuropäischen Ländern gibt es seit einiger Zeit wieder die Möglichkeit deutschsprachigen Schulunterrichts. Es stellt sich die Frage, wie diese Möglichkeiten genutzt werden können. Angesichts der weitgehenden institutionellen Verbanung der deutschen Standardsprache bietet sich – wenn überhaupt – als Ressource oft nur eine extraterritoriale Varietät des Deutschen an. Minderheitenvertreter setzen mitunter Hoffnung in den Wiederaufbau eines deutschsprachigen Bildungswesens. Dies geht an den Gegebenheiten meist vorbei: Die Jugend der Minderheit spricht die Landessprache besser als die Minderheitensprache, sie sind manchmal am Englischen stärker interessiert, um Social Media zu nutzen, die Schulen werden als begehrte Bildungseinrichtungen oft von einer Majorität aus Nicht-Minderheitenangehörigen frequentiert.

In Brasilien gibt die „Kooffizialisierung“ von Minderheitensprachen seit 2002/2007 die gesetzliche Grundlage für den institutionellen Gebrauch der Minderheitensprache auf Gemeindeebene (Rosenberg/Savedra/Tressmann 2024). Diese Gelegenheit wird in 22 Sprachen in 51 Ortschaften genutzt, zum Beispiel in zehn Orten, in denen das niederdeutschbasierte Pomerano unterrichtet wird (Matos 2025). Es besteht aber noch wenig Klarheit, wie der Unterricht gestaltet werden könnte, Lehrerinnen sind auf sich allein gestellt, es gibt weder ein Curriculum noch offizielles Lehrmaterial noch eine didaktische Altersprogression. Eine Verschriftung der bis dato mündlichen Varietät ist entwickelt worden (Tressmann 2006). Probleme machen aber Differenzen über die damit verbundene Standardisierung (angesichts regionaler Variation) sowie Inkonsistenzen der Orthographie und eine Skepsis gegenüber einer institutionellen Verwendung der Varietät in Teilen der Kommunikationsgemeinschaft (Rosenberg/ Savedra/Streb 2025).

Demgegenüber wird ein Konzept präsentiert, das die verschiedenen Zugehörigkeiten der Minderheit und vor allem ihrer Jugend sprachenpolitisch abbildet. Die Minderheitensprache soll in bilingualer Alphabetisierung zusammen mit der Bildungssprache des Landes in den Anfangsklassen unterrichtet werden, später soll die Minderheitensprache als Brückensprache genutzt werden, um die verwandten Sprachen (Standarddeutsch und Englisch) einzuführen (Rosenberg ersch. demn.). Das Konzept versteht

sich als durchaus modellhaft: Statt der Illusion eines Wegs zurück in die „Abgeschiedenheit“ des 19. Jahrhunderts nachzuhängen, beansprucht es, der „Transkulturalität“ von Minderheiten im 21. Jahrhundert realistischen Ausdruck zu verleihen.

Literatur:

- Matos, M. P. S. (2025): Repositório Brasileiro de Legislações Linguísticas. [Base de dados]. Brasil: Instituto de Investigação e Desenvolvimento em Política Linguística, 18 dez. 2025. <https://direitolinguistico.com.br/repositorio> (konsultiert am 31.03.2026).
- Rosenberg, P. (ersch. demn.): Integrative Mehrsprachigkeitsdidaktik im Migrationskontext niederdeutschbasierter Sprachinseln in Brasilien. In: Arendt, B. u. a. (Hrsg.): Integrative Niederdeutschdidaktik. Perspektiven auf Schule und Universität. Berlin u. a.: Lang.
- Rosenberg, P./Savedra, M. M. G./Streb, R. (2025): Pomeranian-Portuguese Literacy in Brazil: Experiences from the Genesis of a Multilingual Project. In: Fialais, V./Streb, R. (Hrsg.): Guiding Teachers into Bilingual Education. A Bridge between Theory and Practice. Paris, New York: Colec – TBR Books, 211–235.
- Rosenberg, P./Savedra, M. M. G./Tressmann, I. (2024): Educação plurilíngue em contextos de imigração: O Pomerano na escola. In: Pupp Spinassé, K. (Hrsg.): Plurilinguismo em foco: estudos sobre diversidade linguística e educação bilíngue. Porto Alegre: Zouk, 235–264.
- Tressmann, I. (2006): Dicionário Enciclopédico Pomerano-Português (Pomerisch-Portugijisch Wöirbauk). Vitória, ES: Sodré.

New Speakers als Ressource für die Revitalisierung bedrohter Sprachen – Eine akustisch- perzeptive Analyse der Sprachbeherrschung und Akzeptanz des Saterfriesischen

Janna Sanders (Oldenburg)

Das Saterfriesische ist eine der am stärksten bedrohten Minderheitensprachen Europas und stellt die einzig verbliebene Ausprägung des Ostfriesischen dar. Es wird ausschließlich in der Samtgemeinde Saterland gesprochen und zählte historisch nie mehr als 2500 bis 3000 Sprecher:innen. Die geringe Sprecher:innenzahl sowie die Konkurrenz zum Nieder- und Hochdeutschen führen zu einer fortschreitenden Abnahme der intergenerationellen Sprachweitergabe. Die Vitalität des Saterfriesischen hängt damit zunehmend davon ab, inwiefern weitere externe Sprecher:innengruppen zur Stabilisierung und funktionalen Erweiterung der Sprache beitragen.

Im Kontext von Sprachenpolitik und Revitalisierungsmaßnahmen widmet sich die Forschung zunehmend Sprecher:innen, die das bestehende Sprachrepertoire einer Minderheitensprache unabhängig vom familiären Erstspracherwerb erlernen. Im vorliegenden Dissertationsvorhaben wird daher die prospektive Vitalität des Saterfriesischen über die sogenannten *New Speakers* fokussiert. Das Projekt adressiert die Frage, inwiefern *New Speakers* des Saterfriesischen tatsächlich zur Revitalisierung der Minderheitensprache beitragen können. Zunächst wird untersucht, welchen Grad der Sprachbeherrschung *New Speakers* erreichen. Die Sprachbeherrschung wird dazu mit der kognitiven Belastung korreliert, die über den akustischen Indikator der Redeflüssigkeit operationalisiert wird. Anschließend wird analysiert, wie flüssig die *New Speakers* sprechen müssen, um als Mitglieder der bestehenden Sprachgemeinschaft akzeptiert zu werden. Hierzu sollen Produktions- und Perzeptionsexperimente durchgeführt werden, die einerseits akustische Analysen kognitiver Belastung und andererseits erstsprachliche Akzeptabilitätsbewertungen erfassen. Ergänzt werden die akustischen Daten durch explorative Fragen, in denen erstsprachliche Sprecher:innen ihre Wahrnehmungen zur sozialen sowie sprachlichen Einordnung der *New Speakers* in der saterfriesischen Sprachgemeinschaft darlegen.

Die Studie soll zum Verständnis kognitiver Prozesse des Sprachgebrauchs und sozialer Akzeptanzmechanismen in lokalen multilingualen Sprachgemeinschaften beitragen. Beide Dimensionen stellen zentrale Faktoren für die Einschätzung des Gefährdungsgrades und die Revitalisierung bedrohter Minderheitensprachen dar.

Plautdietsch in der Minderheitensprachenpolitik

Heinrich Siemens (Bonn)

Das Plautdietsche ist eine mit den Mennoniten assoziierte Sprache, die als niederpreußische Varietät ihre endgültige Ausprägung – ähnlich wie das Jiddische – in Sprachkontaktsituationen Osteuropas fand und deren Sprecher:innen größtenteils in Übersee leben. Auch deren Gesamtzahl dürfte mit 600.000 ungefähr gleich groß sein, in Europa mit sinkender Tendenz, doch in den konservativen Gemeinschaften in Übersee steigen die Sprecher:innen:zahlen wegen religiös bedingter Ablehnung von Familienplanung.

Einen eigenen Minderheitenstatus hat das Plautdietsche in Deutschland nicht. Um sprachpolitisch wahrgenommen zu werden, haben die Plautdietschen – vertreten durch den 1999 gegründeten Verein der Plautdietsch-Freunde e. V. – Aufnahme in den Bundesrat für Niederdeutsch gefunden und stellen neben den acht vertretenen nördlichen Bundesländern als neunte Gruppe zwei Delegierte, auch wenn Plautdietsch alles andere als eine Regionalsprache ist.

Die sprachpolitische Arbeit in Deutschland gestaltet sich schwierig, in Kindergärten oder Schulen wird es nicht vermittelt, Sprachkurse für Erwachsene sucht man vergebens, an den Universitäten ist es dem persönlichen Engagement einzelner Lehrender überlassen, gelegentlich Abschlussarbeiten zum Plautdietschen zu betreuen, eine systematische oder strukturell gefestigte Erforschung findet nicht statt. Die einzigen Lehrstühle, an denen das Plautdietsche jemals vertreten war – an den beiden sibirischen Universitäten in Omsk und Novosibirsk – sind verwaist: Hugo Jedig wanderte nach Deutschland aus, Igor Kanakin starb.

Zumindest was die Schulen angeht, sieht es in Übersee nicht ganz so hoffnungslos aus: In Bolivien, wo Hunderttausende Mennoniten de facto einsprachig mit Plautdietsch aufwachsen, gibt es Schulen, in denen die Unterrichtssprache Plautdietsch ist, auch wenn ich bei meinen Feldforschungen 2025 überrascht war, wie gute Standarddeutsch-Kenntnisse in Bolivien noch anzutreffen sind: Keine meiner Gewährspersonen hatte Schwierigkeiten, die Wenkersätze zu verstehen. Auch in Sibirien gibt es Kindergärten, in denen Plautdietsch vermittelt wird, Standarddeutsch wird hingegen in der Schule als regulärer Fremdsprachen-, nicht als muttersprachlicher Unterricht angeboten.

Es zeichnet sich ab, dass bei der 2026 geplanten Sprachstandserhebung für Niederdeutsch erstmals auch das Plautdietsche erfasst werden soll. Da die meisten Plautdietschen in Deutschland aus der ehemaligen Sowjetunion eingewandert sind, die Zugehörigkeit zur spezifischen Deutsch-Varietät bei der Einreise aber nicht dokumentiert wurde, wird das die erste Erhebung, auf deren Grundlage gezielt sprachpolitische Maßnahmen geplant werden können.

Mehrsprachige Fragebögen – Vergleichbarkeit, Teilhabe und Repräsentation sprachlicher Minderheiten

Tobias Weber (Mannheim)

Mehrsprachige Befragungen sind ein fester Bestandteil sozialwissenschaftlicher Methodik. Dabei bieten sich jedoch sowohl für die Befragten als auch die Befragenden Herausforderungen hinsichtlich der Durchführung. Aus wissenschaftlicher Sicht muss sichergestellt werden, dass der Fragebogen für alle Teilnehmenden verständlich ist, übersetzte Versionen jedoch auch keine Verzerrungen in die Studie einbringen (z.B. durch bestimmte Begriffe ein anderes Konstrukt abgefragt wird). Die Befragten müssen die Items sprachlich und inhaltlich verstehen, wobei Sprachbarrieren und semantische Nuancen die korrekte und wahrheitsgemäße Auskunft behindern können.

Im vorliegenden Beitrag wird zunächst das Thema der Fragebogenübersetzung vorgestellt und als sprachpolitische Handlung skizziert. Diese wirkt sich zunächst lokal begrenzt auf die einzelne Befragung aus, über größere Studien jedoch auch auf regionale oder nationale Ebenen. Zu nennen wären hierbei auch der Zensus und Mikrozensus, die in ganz Deutschland erhoben werden und auch diverse, nationale wie allochthone, Sprachminderheiten betrifft. Obwohl in den speziellen Gesetzen zu den Erhebungen (u.a. ZensG 2022, MZG, StatG) die Übersetzung und Bereitstellung von sprachlichen Hilfsmitteln nicht geregelt ist, wird in der Praxis der Fragebogen zumindest auf Deutsch und Englisch (Mikrozensus), gelegentlich auch auf weiteren großen Sprachen angeboten (insgesamt 15 im Zensus 2022). Auf Landesebene werden bei Befragungen gelegentlich abweichende Regelungen durch die statistischen Landesämter getroffen. Folglich stellt sich die Frage, ob die Übersetzung in nationale Minderheitensprachen, die von der ECRML geschützt werden, möglich oder notwendig sind. Hierbei sind neben rechtlichen Begründungen auch ethische Überlegungen zum Schutz der Minderheiten abzuwägen, sowie die Frage der Wirtschaftlichkeit (Kosten für Übersetzung, Training und Verfügbarkeit von Interviewern).

Die Diskussion greift diese diversen Punkte auf und ordnet sie im Hinblick auf die Übersetzungspraxis bestehender, mehrsprachiger Umfrageprojekte ein. Ein vergleichender Blick auf Umfragen und die Berücksichtigung von Minderheitensprachen in anderen europäischen Ländern ordnet die deutschen Verfahren in den breiteren Kontext ein. Neben politischen Maßnahmen zur Steigerung der Sichtbarkeit und Teilhabe sprachlicher Minderheiten soll auch der Nutzen von mehrsprachigen Umfragedatenbanken in der Bereitstellung übersetzter Fragebögen skizziert werden.

Die Sprachpolitik Polens und die deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln

Bengt-Arne Wickström (Budapest)

Die Sprachpolitik wird aus der Perspektive der (wirtschafts-)politischen Analyse im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse untersucht. Politikmaßnahmen werden durch (politisch) zugeschriebene Werte und Umsetzungskosten charakterisiert. Dies hat wichtige Auswirkungen auf die Diskussion über Effizienz und Gerechtigkeit sprachpolitischer Maßnahmen und spielt bei der Gestaltung der Sprachpolitik, vor allem der Wahl zu verwendender Entscheidungsregeln, eine wichtige Rolle. Eine sinnvolle Sprachpolitik hängt maßgeblich von der Anzahl und den Siedlungsstrukturen der Nutznießer in den relevanten Verwaltungsgebieten ab. Dies schließt die sogenannte Prozentregel als Instrument der Sprachplanung aus. Siehe beispielsweise WICKSTRÖM (2026).

Die Analyse wird zur Untersuchung der offiziellen Sprachpolitik Polens herangezogen und am Beispiel des amtlichen Umganges mit der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln (*województwo opolskie*) veranschaulicht. Anhand von Daten der Volkszählung 2021 (GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY, 2023) zeigen wir, dass die Struktur der Verwaltungsgebiete und die Rechtsvorschriften zur Gewährung von Minderheitenrechten sowohl sehr ineffizient als auch verteilungsmäßig nicht optimal sind: Mehr Angehörige der Minderheit könnten zu geringeren Kosten Sprachrechte erhalten, und Angehörige der Minderheit in ländlichen Gebieten sind gegenüber denen in städtischen Gebieten privilegiert.

Wir demonstrieren, dass die Anwendung einer anderen Entscheidungsregel für die Vergabe von Sprachrechten sowie geringfügige Änderungen in den Verwaltungsgebieten sowohl die Effizienz der Politik als auch ihre Verteilungsgerechtigkeit erheblich verbessern können.

Literatur:

Główny Urząd Statystyczny (2023): Przynależność narodowo-etniczna - dane NSP 2021 dla kraju i jednostek podziału terytorialnego. Warszawa: Główny Urząd Statystyczny. <https://stat.gov.pl/spisy-powszechne/nsp-2021/nsp-2021-wyniki-ostateczne/tablice-z-ostatecznymi-danymi-w-zakresie-przynaleznosci-narodowo-etnicznej-jezyka-uzywanego-w-domu-oraz-przynaleznosci-do-wyznania-religijnego,10,1.html>.

Wickström, B.-A. (2026): Sprachpolitik als Politikanalyse: Nutzen, Kosten und Verwaltungsgebiete. In: Sprachpolitik und Sprachenpolitik 1 (1). Im Erscheinen.